



Heimatblätter

Eine kritische Reflexion zweier Beschreibungen des Amtes Rüdesheim aus den Jahren 1930 und 1937

Zwei Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus

VON RAINER SEIL, BAD KREUZNACH

Einführung

Die Quellen aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus sind auf der lokalen Bürgermeisterei- und Kreisebene vergleichsweise dürftig.¹⁾ Lediglich für die Bürgermeistereien Rüdesheim und Waldböckelheim sind im noch im Aufbau befindlichen Archiv der Verbandsgemeinde Rüdesheim Akten- und Quellenmaterial aus jener turbulenten Zeit erhalten, zum Teil mehr, als man vor Ort erwarten und vermuten würde. Spätere Kreischroniken gingen wenig auf diese Zeitepoche ein, auch aufgrund der Tatsache, dass vorliegende allgemein zugängliche Quellen nicht sehr ergiebig sind.

Zum besseren Verständnis der aufschlussreichen, wenngleich auch kurz gehaltenen Beschreibung des Jahres 1930 sind einige grundlegende Fakten aus der Spätzeit der Weimarer Republik in Erinnerung zu rufen:

Seit dem 25. Oktober 1929, dem berüchtigten „Schwarzen Freitag“, als an der New Yorker Effektenbörse Kursstürze bis zu 90 Prozent registriert wurden, zeichnete sich bereits ein mögliches Scheitern der ersten Demokratie auf deutschem Boden ab: Vom 3. bis zum 20. Januar 1930 hatte die zweite internationale Konferenz über den Young-Plan²⁾ in Den Haag stattgefunden, den die Reichsregierung am 20. Januar 1930 unterzeichnete. Die Young-Gesetze wurden am 12. März 1930 durch den Reichstag angenommen.

Im März 1930 wurden in Deutschland 3,5 Millionen Arbeitslose gezählt. Am 27. März jenes Jahres trat das Kabinett der „Großen Koalition“ unter Hermann Müller (1876–1931) (SPD) zurück. Das Kabinett Müller war an der äußerst strittigen Frage der Sanierung der Arbeitslosenversicherung letztlich zerbrochen. Am 29. März wurde sein Nachfolger Heinrich Brüning (1885–1970) zum Reichskanzler ernannt. Der Zentrumspolitiker stand einem bürgerlichen Minderheitskabinett vor, das durch den Reichspräsidenten gestützt wurde. Die-



Bauarbeiten in Norheim 1933 durch Baugeschäft Gräff, Traisen.

Foto: Kreismedienzentrum

se wenigen einführenden Zeilen mögen die krisenhafte Entwicklung in der Spätphase der Weimarer Republik kennzeichnen. Auch die spätere vorzeitige Räumung des linken Rheinufer durch die interalliierten Besatzungstruppen am 30. Juni 1930, von Gustav Stresemann (1878–1929) durch Gespräche mit Aristide Briand initiiert, konnte nicht über die allgemeine desolante wirtschaftliche und politische Lage in der Endphase der Weimarer Republik hinwegtäuschen.

Amtsbericht 1930

Zum früheren Amt Rüdesheim gehörten im Berichterstattungszeitraum die Dörfer Braunweiler, Gutenberg, Hargesheim, Hüfelsheim, Mandel, Niederhausen, Norheim,

Roxheim, Rüdesheim, Sankt Katharinen, Traisen und Weinsheim. Es hatte in dieser Form bis zur rheinland-pfälzischen Kommunalreform 1969/70 Bestand.³⁾

So heißt es in der zeitgenössischen Beschreibung des Jahres 1930 [1200–76] unter anderem:

„Die wirtschaftliche Not und die dadurch bedingte außerordentliche Belastung der Gemeinden durch Wohlfahrtsausgaben machten sich bei dem größten Teile der in der Nähe der Stadt Bad Kreuznach gelegenen zwölf Gemeinden des Amtes Rüdesheim ganz besonders bemerkbar. Diese Gemeinden sind mit Handwerker- und Arbeiterfamilien stark durchsetzt; unter normalen Verhältnissen fanden die Handwerker oder Arbeiter lohnenden Verdienst auf dem Lande oder in der Stadt Kreuznach; jetzt ist der



größte Teil ohne Arbeit, aus der Arbeitslosenfürsorge ausgeschieden und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge anheim gefallen. Mehr als 100 ausgesteuerte Arbeiter mit mehr als 300 Familienangehörigen, müssen auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung von den Gemeinden unterstützt werden, neben der großen Zahl der Klein- und Sozialrentner und der Krisenunterstützungsempfänger. Wenn nicht bald eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt, können die Gemeinden die Lasten nicht mehr tragen: es müsse unbedingt eine reichsrechtliche Neuregelung des ganzen Fürsorgewesens eintreten, um den Zusammenbruch der Gemeinden zu verhindern.“

Die sich zunächst auf Nordamerika auswirkende Wirtschaftskrise erfasste bald Europa. Im Deutschen Reich sank die industrielle Produktion von 1928 bis 1932 um etwa 40 Prozent und erreichte damit einen Stand von 1903/04.⁴⁾ Ein Spiegelbild dieser krisenhaften Entwicklung zeigte sich in der raschen Zunahme der Arbeitslosenzahlen. Im Deutschen Reich lag die Arbeitslosigkeit Ende 1929 bei 1,2 Millionen. Im Januar 1930 waren es bereits 3,2 Millionen, 4,8 Millionen im Januar 1931 und im Januar 1932 waren schließlich 6 Millionen Erwerbslose erreicht. Im Rheinland⁵⁾ lag die Zahl der Erwerbslosen 1930 bei 376 000, im Jahr 1931 bei 565 000 und 1932 bei 712 000 Personen.

Die Unterstützung für die hohe Zahl an Arbeitslosen und ihrer Angehörigen hatte Einfluss auf mögliche Investitionen im Bereich des Amtes Rüdesheim. So hebt die Beschreibung hervor, dass 1930 aufgrund der hohen Wohlfahrtsausgaben wichtige kommunale Arbeiten nicht ausgeführt werden konnten. Einzig in Braunweiler wurde mit dem Neubau eines Schulgebäudes begonnen. Die gemeinsame Wasserversorgung von Mandel, Hüffelsheim, Traisen und Norheim befand sich dagegen – so ist es dem Bericht zu entnehmen – „in der Schwebe“. Solche Großprojekte waren durchaus willkommen und da sie damals in ihrer praktischen Umsetzung noch sehr personalintensiv waren, versprach man sich davon, im Rahmen von Notstandsarbeiten eine „große Anzahl Arbeiter längere Zeit“ zu beschäftigen. Jedoch war zu jenem Zeitpunkt die genaue Finanzierung noch nicht sichergestellt.

Der Bericht überliefert zudem mehrere mitteilenswerte demografische Fakten: Im



Hargesheim. Firmengelände der Gebr. Baumdicker mit Sägewerk, Mühle, Reparaturwerkstatt und Fuhrpark Ende der 20iger-Jahre.

Foto: KMZ

Jahr 1925, der damals letzten amtlichen Volkszählung, hatte das Amt Rüdesheim 7491 Einwohner. Im Jahr 1930 zählte man 7742 Einwohner. Das Bevölkerungswachstum war mit 251 Personen eher mäßig ausgefallen. Ein Grund lag – so schon damalige Prognosen – in der rapide fallenden Geburtenzahl. Im Jahr 1926 lag die Geburtenzahl noch bei 180, 1928 bei 170, 1929 bei 156 und 1930 bei 152. Rückläufig war auch die Zahl der Eheschließungen, während dagegen die Zahl der Todesfälle gestiegen war.

Gleichwohl wurde der Amtshaushaltsplan von der Amtsvertretung für das Jahr 1931 festgesetzt. Infolge der Gehaltskürzung und sonstiger Einsparungen konnte die Amtsumlage gesenkt werden.

In dieser krisenhaften Zeit wurde über weitere mögliche Kosteneinsparungen nachgedacht. Vorgesehen war, die Zahl der ländlichen Fortbildungsschulen⁶⁾ entweder zu verringern oder manche Standorte zu fusionieren. Man konnte sich jedoch in dieser Angelegenheit nicht einigen. Argumentiert wurde unter anderem damit, dass es im Amt

Rüdesheim bedeutende Weinbauorte gebe und die Jugendlichen als mithelfende Familienangehörige voll ausgelastet wären. Zum anderen wollte man ihnen nicht bei möglichen Zusammenlegungen dieser ländlichen Fortbildungsschulen im Winter weite Fußwege zur nächsten Fortbildungsstätte zumuten. In jener Zeit gab es unter Jugendlichen noch keine uns heute selbstverständlich erscheinende Motorisierung. Damit endet der Einblick in das Krisenjahr 1930.

Aufschlussreich und thematisch ergänzend ist das folgende Zitat aus der Chronik der Bürgermeisterei und Gemeinden, die zwar auf das Jahr 1930 mit keiner Zeile eingeht, wohl aber zu 1931 festhält:

„... Die wirtschaftliche Lage wurde immer trostloser. Die Arbeitslosenziffer stieg ungeheuer. Die Not wurde überall größer. Es fehlte an Geld und deshalb wurde überall die größte Sparsamkeit befohlen. Die Gehalts- und Lohnempfänger mussten sich fortwährend Kürzungen ihrer Bezüge gefallen lassen.“



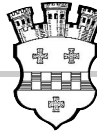
Rüdesheim. Schmiedemeister Karl Hahn an seiner Schmiede in der Hauptstraße um 1937.

Foto: KMZ



Rüdesheim. Ernst Beisiegel bei der Weinbergbespritzung um 1935.

Foto: KMZ



Amtsbericht 1937

Aus der Zeit des Nationalsozialismus liegt folgender Bericht [1200–64] vor, der in der Amtszeit von Amtsbürgermeister Buch (1925–1945) angefertigt wurde.

Mitteilenswert sind die Strukturdaten, die dem Bericht vorausgeschickt werden: Im Jahr 1936 lebten im Amt Rüdesheim 7950 Einwohner. Die Einwohner gehörten „zu 3/5 dem Bauern- und Winzerstand an, zu 2/5 besteht sie aus Arbeitern, Handwerkern und Gewerbetreibenden.“ 1213 schulpflichtige Kinder wurden von 28 Lehrern unterrichtet.

Das Amt umfasste 5581 ha. Davon entfielen 3800 ha auf die landwirtschaftliche Nutzfläche, 663 ha auf Weinberge und 875 ha auf Wald. Die waldbesitzenden Gemeinden waren in zwei Revierförstereien mit Sitz in Mandel und Niederhausen zusammengeschlossen, die den Gemeindeforstämtern in Stromberg und Sobernheim unterstanden.

Erst gegen Ende des umfangreichen Berichtes wird kurz auf die Erwerbslosigkeit eingegangen, die indes noch 1930 in der Berichterstattung einen breiten Platz einnahm. Im Jahre 1933 lag die Zahl der Erwerbslosen bei 174 arbeitsfähigen Personen. Die Erwerbslosigkeit galt 1936 im Deutschen Reich als beseitigt. *„Zehn Gemeinden konnten das Rechnungsjahr 1936 ohne Fehlbetrag abschließen, während bei zwei Gemeinden kleinere Fehlbeträge verblieben, die im Jahr 1937 abgedeckt werden ...“*

Aufgrund der zwischenzeitlich wieder gestiegenen Schülerzahlen wurden in Roxheim und Braunweiler neue Schulgebäude errichtet. Die Schulhäuser in Gutenberg, Hargesheim, Hüffelsheim und Mandel wurden umgebaut. In Weinsheim war der Bau einer vierklassigen Schule mit zwei Lehrerdienswohnungen begonnen worden. Ferner war auch ein Schulhausneubau in Niederhausen in Aussicht gestellt. Die Volkszählung im Jahr 1925 verzeichnete im Amt Rüdesheim 7491 Personen, 1933 waren es 7845 Einwohner und 1936 insgesamt „7950 Seelen“.

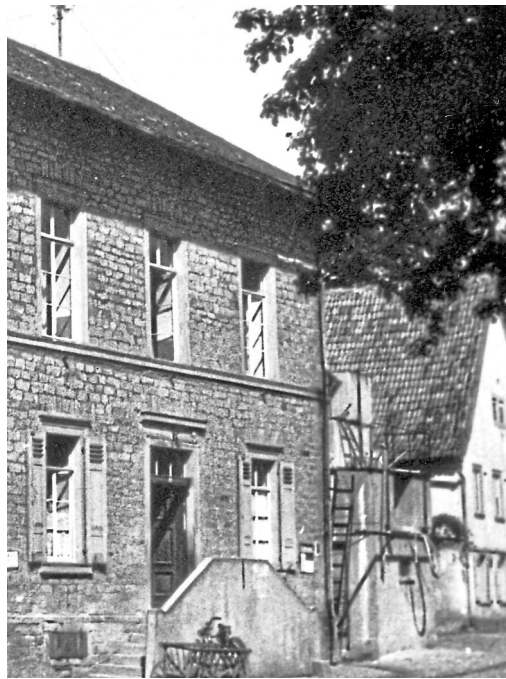
Einen sehr breiten Raum in der Berichterstattung nehmen kommunale Projekte ein, die teilweise in ihrer Konzeption auf die 1920er-Jahre zurückgingen, jetzt aber aus ideologischen Gründen sehr umfassend und einzig als Erfolge des NS-Regimes dargelegt wurden.

Erwähnt werden unter anderem der Bau der Zentralwasserleitung in Niederhausen und Weinsheim. In Mandel, Hüffelsheim, Traisen und Norheim war der Bau eines Gruppenwasserwerkes geplant.

Hochwasser hatten schon in der Vergangenheit große Schäden im Amt Rüdesheim und im Kreisgebiet verursacht. Gutenberg, Hargesheim und Rüdesheim hatten daher umfangreiche Regulierungen des Gräfenbaches und des Ellerbaches vorgenommen.

Zwischenzeitlich war der Weg von Roxheim nach Rüdesheim straßenmäßig ausgebaut und in die Unterhaltung des Kreises abgegeben worden, was die Gemeindekassen der betroffenen Orte spürbar entlastete. Die Ortsgemeinde Traisen hatte eine Straße durch das Mühlental, mündend in die Straße Norheim und Münster am Stein, gebaut. Zahlreiche Dörfer wurden innerorts neu gepflastert und Bürgersteige angelegt.

In den 1920er- und 1930er-Jahren waren erste Ansätze eines zunehmenden PKW-Verkehrs zu erkennen, wie es ihn davor noch nicht gegeben hatte und mit der Ent-



Weinsheim. Spritzbrühanlage neben der alten Schule um 1935.

Foto: KMZ

wicklung nach 1945 selbstverständlich nicht vergleichbar ist. Zumindest wurde damals die Notwendigkeit des Baues von Umgehungsstraßen bei Norheim, Weinsheim und Mandel in Erwägung gezogen. Im Jahr 1936 war der Kleinbahnbetrieb eingestellt worden. Es galt nun, für die noch vorhandenen Bahntrassen eine sinnvolle Nutzung zu finden. Vorgesehen war, dort Radfahrwege anzulegen. Grundstücke waren zu diesem Zweck in Rüdesheim, Weinsheim, Hargesheim, Roxheim und Gutenberg erworben worden. Deren Verwirklichung sollte sich allerdings erst Jahrzehnte später vollziehen.

Größere Investitionen erfolgten vor allem in der Landwirtschaft und in der Sonderkultur Weinbau. Wenig ertragreiche Niederwälder wurden seit den 1920er-Jahren entweder in Äcker oder bei sonnenexponierter Lage in Weinberge umgewandelt:

„Zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Grundlagen der Kleinbauern und Win-

zer, und zur Seßhaftmachung ländlicher Arbeiter und Handwerker wurden in verschiedenen Gemeinden umfangreiche Umwandlungen von Waldbeständen in Ackerland beziehungsweise Wiesen und Rodungen vorgenommen, so in der Gemeinde Braunweiler allein über 200 Morgen und in der Gemeinde Mandel 140 Morgen. In der Gemarkung Roxheim wurde ein Gemeindegelände von 80 Morgen „Auf der Hardt“, welches zwar landwirtschaftlich genutzt wurde, aber keinen nennenswerten Ertrag abwarf (die jährliche Pacht betrug insgesamt nur 180 RM) unter Mitwirkung der Provinziallehranstalt Kreuznach in Weinberge umgewandelt. Das Gelände wurde in 80 Parzellen von durchschnittlich 18 ar aufgeteilt und an die Bürger der Gemeinde Roxheim zu einem tragbaren Preise abgegeben. Um möglichst vielen Einwohnern einen Teil des Landes zukommen zu lassen, wurde an die einzelnen Haushaltungen nur je eine Parzelle abgegeben. Im Jahre 1934 erfolgte die Anlegung der Weinberge nach den Vorschlägen des Herrn Weinbauoberinspektors Willig, wodurch eine mustergültige Anlage geschaffen wurde, die in diesem Herbst schon teilweise einen Ertrag brachte und sich zum Segen der Besitzer auswirken wird.“

Zudem wurden in Norheim und Weinsheim Spritzbrühanlagen errichtet. Diese im Weinbau stark propagierten Einrichtungen sollten bei der „systematischen Bekämpfung der Reben- und Obstschädlinge“ wertvolle Hilfe leisten. Weitere solcher Projekte waren für Mandel, Roxheim, Hargesheim und Gutenberg für das Frühjahr 1938 vorgesehen.

Die schon vor dem Ersten Weltkrieg angelegte Staatliche Weinbaudomäne in Niederhausen erhielt von diesem Weindorf ausgehend einen zusätzlichen Wirtschaftsweg in halber Höhe des Berges, um die weitere Bewirtschaftung zu optimieren.

Solche arbeitsintensiven Maßnahmen erfolgten durchaus aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen heraus. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass das NS-Regime wirtschaftlich auf Autarkie setzte, was auch beinhaltete, die Gemarkungen soweit möglich, landwirtschaftlich intensiv zu nutzen. Rodungsarbeiten waren – wie erwähnt



Weinsheim. Schule, fertiggestellt 1938.

Foto: KMZ



Weinsheim. Straßenwärter in den 30er-Jahren (links: Jakob Büttendender, 2. von rechts: Philipp Genheimer, rechts: Franz Steinbach).

Foto: KMZ

– hierzu eine Möglichkeit. Diese schweren Arbeiten wurden häufig von dem paramilitärisch ausgerichteten Arbeitsdienst ausgeführt.

Auch zu feuchte Standorte ließen sich nicht optimal ackerbaulich bewirtschaften. Aus diesem Grund wurden zu nasse Grundstücke entwässert, um auch hier Ertragssteigerungen zu ermöglichen. Entwässerungen wurden in den Gemarkungen Hüffelsheim, Hargesheim und Braunweiler ausgeführt. Weitere Entwässerungsanlagen waren in Traisen, Hüffelsheim, Niederhausen, Weinsheim und Schloßböckelheim geplant. Die dafür vorgesehene Gesamtfläche betrug 1000 Morgen.

Erwähnt werden noch Friedhofsprojekte im Amt Rüdesheim. Mandel hatte in den letzten Jahren einen neuen Friedhof angelegt. Friedhofserweiterungen erfolgten in Braunweiler, Gutenberg, Hargesheim und Norheim. Der Friedhof in Niederhausen sollte im Folgejahr vergrößert werden.

Verbesserungen werden im Bereich der Feuerwehr und bei den Erntekindergärten erwähnt, Letzteres eine stark ideologisch überfrachtete NS-Maßnahme, um die Frauen bei der Landwirtschaftsarbeit zu unterstützen. Die freiwilligen Amtsfeuerwehren in Hargesheim, Norheim, Rüdesheim und Weinsheim wurden mit Unterstützung des Kreises und der Provinz weiter ausgebaut. Die Bildung weiterer Halblöschzüge wurde in den verschiedenen Gemeinden in Aussicht genommen.

Fazit

Die beiden vorliegenden Berichte der Jahre 1930 und 1937 wurden in wirtschaftlich äußerst schwieriger Zeit erstellt, in der finanzielle Mittel äußerst knapp waren. Der letztere Bericht zeigt eine starke ideologische Ausrichtung, die bewusst verkannte, dass teilweise manche dieser später ausgeführten Projekte in ihren Entwürfen schon in der Zeit der von den NS-Machthabern verachteten Weimarer Republik initiiert wurden. Es darf nicht übersehen werden, dass schon der verlorene Erste Weltkrieg, die Ergebnisse des Versailler Vertrages, die Inflation und die Besetzung der linksrhein-

nischen Gebiete für viele schwer verkräftbar waren. Außerdem verloren übergreifende Sinnbezüge wie Religion, Nation und Familie zunehmend an Bedeutung. Manche Autoren bringen die Zeit der Weimarer Republik auch mit einer Aufbruchsstimmung, vor allem in Literatur, Film, Theater, Design und Musik in Verbindung. Diese Entwicklungen in den Großstädten, voran Berlin, sind jedoch nicht auf den ländlichen Raum übertragbar.

Es war auch eine Epoche mit starker politischer Radikalisierung. Im Zeitraum von 1930–1932 errangen die radikalen Parteien in sechs Wahlen stets mehr Stimmen. Sie konnten im Reichstag die demokratische Regierung lahmlegen. Wie der Jahresbericht 1937 offenbart, waren noch viele weitere Projekte auf kommunaler Ebene geplant. Der 1939 ausbrechende Zweite Weltkrieg sollte diese Pläne vereiteln. Nach 1945 musste wieder ganz von vorn begonnen werden. Der nächste Amtsbericht für das Amt Rüdesheim liegt für das Jahr 1952 vor und wäre eine eigene Untersuchung wert.

Anmerkungen

¹⁾Selbst die einschlägigen Findmittel im Landeshauptarchiv in Koblenz weisen in ihren Vorworten der für unsere Region wesentlichen Bestände 441 (Bezirksregierung Koblenz) und 467 (Landratsamt Kreuznach und ehemaliges Landratsamt Meisenheim) darauf hin, dass die Quellen für die 1920er- und 1930er-Jahre lückenhaft sind. Vgl. G.-G. BORCK, 1999, S. 219 zu Best. 441 „zwischen 1920 und 1945 größere Lücken“. Zum Bestand des Landeshauptarchives in Koblenz 467 werden im Anhang auf S. 504 bei den Kriegsverlusten 361 Akten (1813–1933) erwähnt. Auch auf kommunaler Ebene macht sich bis auf wenige Ausnahmen dieses Überlieferungsdefizit bemerkbar. Es ist davon auszugehen, dass schon unmittelbar nach dem Ende der Weimarer Zeit, besonders nach 1945 eine Vielzahl von Schriftgut bewusst vernichtet wurde. Die spätere Kommunalreform 1969/70 tat ein Übriges, der im Bereich der Verbandsgemeinde Rüdesheim ein Großteil der Überlieferung des

Amtes Wallhausen zum Opfer fiel.

²⁾Der Young-Plan trägt den Namen des Industriellen und Direktors der New Yorker Federal Reserve Bank Owen D. Young. Er sollte grob vereinfacht die Reparationszahlungen des Deutschen Reichs regeln. Das Reichsgesetz vom 13. März 1930 sah vor: Durchschnittlich sollte das Deutsche Reich jährlich 2,05 Milliarden RM Reparationsleistungen zahlen. Es waren insgesamt 37 Ratenzahlungen vorgesehen, deren Laufzeit bis 1988 gereicht hätte. Im Januar 1930, bei einem Stand von 2,8 Millionen Arbeitslosen, wies der Haushalt der Großen Koalition in Berlin ein Defizit von 1,4 Milliarden Reichsmark auf (F. BOHR, 2014, S. 123). Schon 1932 (T. HEIN, 2014, S. 37) erlassen die Siegermächte dem Deutschen Reich weitere Reparationsleistungen. Schätzungsweise 40 Milliarden Goldmark hatte das Deutsche Reich bis zu jenem Zeitpunkt bereits an Reparationszahlungen geleistet.

³⁾Mehr zur Verwaltungsgeschichte des Amtes Rüdesheim R. SEIL, 2016, S. 180 f. Dort finden sich weitere Literaturhinweise.

⁴⁾L. GREVELHÖRSTER, 2005, S. 51

⁵⁾Zur Situation der Arbeitslosenzahlen im Rheinland vgl. Wilhelm J. WAGNER, 2001, S. 51

⁶⁾Bei den ländlichen Fortbildungsschulen handelte es sich um Vorläufer der späteren Berufsschulen. Man wollte den schulentlassenen Jugendlichen im ländlichen Raum die Möglichkeit geben, sich auf einen Beruf, vornehmlich in der Landwirtschaft, vorzubereiten.

Bibliografie

Archiv der Verbandsgemeinde Rüdesheim Bestand Rüd. 1 [1200–64] und [1200–76]
Kurt BECKER (Hrsg.): Heimatchronik des Kreises Kreuznach. Köln 1966

Felix BOHR: Todesstunde der Republik. In: Die Weimarer Republik. Deutschlands erste Demokratie. Der SPIEGEL. Geschichte Nr. 5/2014. S. 123–127

Heinz-Günther BORCK (Hrsg.): Die Bestände des Landeshauptarchivs Koblenz Gesamtverzeichnis (= Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz Bd. 81). Koblenz 1999

Chronik der Bürgermeisterei und Gemeinden (1873–1933) mit Ergänzungen (hinterlegt im Archiv der VG Rüdesheim)

Ludger GREVELHÖRSTER: Kleine Geschichte der Weimarer Republik 1918–1933. Ein problemgeschichtlicher Überblick. Münster 2005

Till HEIN: Der Sprengsatz. In: Die Weimarer Republik. Deutschlands erste Demokratie. Der SPIEGEL. Geschichte Nr. 5/2014. S. 34–37

Rainer SEIL: Chronik der Verbandsgemeinde Rüdesheim. Idar-Oberstein 1998

Rainer SEIL: Die Verbandsgemeinde Rüdesheim und ihr Stellenwert im Kreis Bad Kreuznach. In: Jahrbuch 2017 Hunsrückverein. S. 180–186

Wilhelm J. WAGNER: Knaurs Bildatlas Drittes Reich. Augsburg 2001

Die Bad Kreuznacher Heimatblätter erscheinen monatlich in Zusammenarbeit mit dem Verein für Heimatkunde für Stadt und Kreis Bad Kreuznach e.V. (i. A. Anja Weyer M.A., Richard-Wagner-Str. 103, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671/757 48, E-Mail anjaweyer@gmx.de).